

Do 24. April, 18–21 Uhr

»Mehr Demokratie wagen« – Willy Brandt und die Außerparlamentarische Opposition

Siegfried Heimann

Willy Brandt und die Außerparlamentarische Opposition

In einer Veranstaltung zur Geschichte der 68er im Frühjahr 2001 an der FU Berlin wurde die Gefahr beschworen, dass „Geschichte umgeschrieben“ werden soll. Dieser Gefahr gelte es zu begegnen. Nun wird Geschichte immer wieder neu geschrieben, mit neuen Quellen, mit neuen Fragen. Gemeint war, dass Geschichte im Rückblick gefälscht werden kann aus undurchsichtigen, besser: ziemlich durchsichtigen Motiven der heutigen Tagespolitik und des Tagesgeschäfts. Deshalb ist es wichtig, sich erinnernd des historischen Kontextes des Wirkens Willy Brandts, der SPD überhaupt und der Berliner SPD im besonderen und der Außerparlamentarischen Opposition zu vergewissern. Und damit beginnt schon die Schwierigkeit. Es kann ja keine Rede davon sein, dass es nur **eine** Erinnerung an ein und dasselbe Ereignis, an einen Prozess des historischen Geschehens und noch viel weniger an eine einzelne Person gibt.

Ein Konsens über die richtige Art des Erinnerns kann nicht angeordnet werden, es sei denn, das Misslingen wird von vornherein in Kauf genommen. Wohl aber ist es notwendig, sich der historischen Fakten immer wieder kritisch zu versichern, um auf schnelle Legendenbildungen nicht hereinzufallen, zumal es auch einen „Marktwert der Erinnerung“ gibt, wie nicht zuletzt ein Blick auf die Bestsellerlisten zeigt. Der kritische Blick auf die 60er Jahre geschieht ja nicht nur nicht vorurteilsfrei. Der Zurückblickende muss auch zur Kenntnis nehmen, dass auf den 60er Jahren und **den** „68ern“ inzwischen - um Koselleck zu zitieren - viele „Zeitschichten“ lagern, die erst in einer Art archäologischer Grabung abgehoben werden müssen, um diese Jahre wieder zum Vorschein kommen zu lassen. Dazu im Folgenden nur einige Hinweise und zur Einstimmung ein Zitat: Friedrich Christian Delius - Schriftsteller und 68er - eröffnete vor zwanzig Jahren schon eine sehr sehenswerte Ausstellung über die Protestliteratur um 1968. Er sagte: „Von 1968 habe ich, offen gesagt, die Schnauze voll“, er meinte damit die mediale Zubereitung zwanzig, dreißig Jahre danach, denn - so fuhr er fort - : „Alles war anders! Die Bilder, Berichte und Dokumente aus alten Zeiten lügen nicht. Aber sie lügen doch. Sie zeigen die Leute aus den ersten Reihen, die wildesten Gesichter, die nacktesten Kommunarden, die plakativsten Plakate, die unordentlichsten Wohnungen, die röteten Fahnen, die spektakulärsten Aktionen. Zitiert werden die kämpferischsten Reden, das auffälligste Polit-Kauderwelsch, die euphorischen -

und nicht die skeptischen Stimmen.“ Wohl gemerkt: Delius meinte die skeptischen Stimmen von damals und nicht die wohlfeilen Distanzierungen und gefälligen Umschreibungen von heute. Delius spricht damit ein Problem an, dass trotz steter Dementis immer wieder auftaucht: Es gibt nicht **die** 68er, weder als Objekt nostalgischer Verklärung noch als Buhmann, auf den man getrost einschlagen kann, um heute umso reiner und feiner zu erscheinen.

Es gibt auch nicht **die** 67er, obwohl es gute Gründe gibt, dieses Jahr besonders zu betonen, zumindest in Berlin: die Anti-Schah-Demonstration, die Prügel-Exzesse der Berliner Polizei und der Tod Benno Ohnesorgs waren ein Wendepunkt in der Protestbewegung der 60er Jahre. Der unterschiedliche Lebensweg vieler 68er nach 1968 ist schon oft beschrieben worden, meist in Illustrierten in der Rubrik „Was aus ihnen geworden ist!“ . Vergessen wird, dass die 68er auch damals schon nicht eine einheitliche „revolutionäre“ Masse darstellten, die an einem Strang und in eine Richtung zogen, um Ferdinand Lassalle leicht abgewandelt zu zitieren. Nicht alle politischen Differenzen in den 68er Bewegungen können hier benannt werden, nur zwei mir wichtig erscheinende will ich kurz ansprechen. Im Heft 1 des Jahrgangs 1969 der Literaturzeitschrift „Kürbiskern“ stand auf der letzten Seite eine kurze „Erklärung“: Darin war von „prinzipiellen politischen Meinungsverschiedenheiten“ im Kreis der Herausgeber die Rede. Zitat: „In der Frage des Aktions- und Wahlbündnisses [gemeint war zur Bundestagswahl 1969], sowie insbesondere in der Frage der militärischen Aktion der fünf verbündeten Staaten des Warschauer Paktes in der CSSR [gemeint war das Niederwalzen einer Utopie vom Sozialismus mit menschlichem Antlitz durch sowjetische Panzer am 21. August 1968) verschärften sich die Differenzen soweit, ... dass eine weitere Zusammenarbeit innerhalb einer Redaktion sich als zu schwierig erweist.“ Die beiden Redakteure Christian Geißler und Yaak Karsunke wurden aus der Redaktion ausgeschlossen, die Geldgeber aus der DDR hatten ihren Willen durchgesetzt. Der 21. August 1968 und die daraus entstehenden politischen Konflikte machten nur eindeutig und unverwechselbar einen Konflikt kenntlich, der die ganzen 60er Jahre hindurch die Protestbewegungen mitbestimmt hatte, den Konflikt zwischen einer zahlreichen und offen streitenden undogmatischen marxistischen Linken und einer kleinen, aber organisationserfahrenen marxistisch-leninistischen - und für viele auch weiterhin - stalinistischen Linken. Und in den 70er Jahren kamen - eher als Farce, aber verbunden mit vielen individuellen Tragödien - die marxistisch-leninistischen Stalinisten maoistischer Provenienz hinzu.

Eine weitere, auch heute noch existierende Konfliktlinie: Auch damals schon gab es, das mag nicht viele überraschen, Männer **und** Frauen in den vielen Protestgruppen, nicht zuletzt im SDS. Am 13. September 1968, der SDS hatte zur Delegiertenkonferenz gerufen, hielt Helke Sander im Namen des „Aktionsrates zur Befreiung der Frauen“ eine Rede. Sie forderte die männlichen Genossen auf, ihre Einstellung zur Emanzipation der Frauen zu überprüfen und die Trennung von Privatem und Politischem endlich aufzuheben. Die Genossen waren nicht zu einer Diskussion bereit und daraufhin bewarf Sigrid Rüter die am Vorstandstisch sitzenden Männer mit Tomaten. Der damit nicht zum ersten Mal angesprochene Konflikt zwischen Männern und Frauen in den Protestbewegungen war auch in der linken und linksliberalen Presse nur Anlass für süffisante Anmerkungen am Rande. Wir dokumentieren diese Konfliktlinie heute Abend, - selbstkritisch sei es gesagt -, indem nur Männer auf dem Podium sitzen.

Der SDS hatte sich allerdings im Laufe der langen 60er Jahre sehr verändert. Ich will damit nicht auf den SDS-Bundesvorsitzenden Helmut Schmidt hinweisen, sondern auf den Wandel im SDS in den 60er Jahren selbst, als er kein sozialdemokratischer Studentenverband mehr sein durfte, obwohl viele SDS-Mitglieder zu Beginn der 60er Jahre ihn noch so sehen wollten und auf den Ausschluss aus der SPD empört reagierten. Aber bald war aus dem kleinen und sich wohl auch elitär gebenden und wahrgenommenen SDS mit nur wenigen Mitgliedern und ersten kleinen Erfolgen bei hochschulpolitischen Wahlen an den Universitäten gegen Ende der sechziger Jahre ein nach vielen hunderten zählender Verband geworden, der alle studentischen Gremien in den meisten Universitätsstädten dominierte. Der später sich auch radikalisierte, nur anders „gläubige“ Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) war zunächst noch eine angepasste stromlinienförmige sozialdemokratische Studentenorganisation mit Dietrich Stobbe als Vorsitzenden in Berlin, die freilich in Berlin mit Knut Nevermann schon bald aufmüpfig zu werden begann, vom SDS aber weiterhin als Spalterorganisation argwöhnisch beobachtet wurde. Und vor allem: wer von den 60er Jahren sprechen will, darf von der SPD nicht schweigen. Und auch hier gilt es, den historischen Prozess, wie er sich im Rückblick dem Historiker darstellt, und die Wahrnehmung dieses Prozesses durch die Zeitgenossen auseinander zu halten.

Da war zunächst das Godesberger Programm der SPD von 1959. Das war nun bei Lichte besehen beileibe kein Sündenfall in der SPD-Parteigeschichte, sondern lediglich die programmatische Anpassung an eine reformorientierte Praxis, eine Praxis, die die Partei schon seit langem auf ihre Fahnen geschrieben hatte, wie der gerade verstorbene Peter

von Oertzen - er hatte selbst gegen den Programmmentwurf gestimmt - zu Beginn der sechziger Jahre schon schrieb. Für nicht wenige damalige Kritiker in der Partei war es allerdings - und wieder einmal - der Verrat an hehren Prinzipien. Einige verließen die Partei, noch mehr wurden ausgeschlossen. Die SPD wollte endlich - wie der außenpolitische Sprecher Fritz Erler es formulierte - nicht nur Recht haben, sondern auch Recht bekommen, durch das Votum der Wähler nämlich. Und alles, was dabei störte, war von Übel.

Aufmüpfige sozialistische Studenten, aber auch die Funktion einer Oppositionspartei blieben dabei auf der Strecke. Die Opposition im Bundestag gegen eine an Peinlichkeiten übervolle und zu Ende gehende Adenauer-Ära wurde nicht leise, sie wurde unhörbar. Während der die bundesrepublikanische Öffentlichkeit erschütternde „Spiegel-Affäre“, in Wahrheit eine „Affäre Adenauer/Strauß“, musste die SPD von den Medien - eine Sternstunde der vierten Gewalt - zum Widerspruch getragen werden.

Aber obwohl danach die politische Karriere von Franz-Josef Strauß schon beendet zu sein schien, war er 1966 plötzlich wieder da - und auch noch an der Seite eines SPD-Wirtschaftsministers Schiller. Mitte der 60er Jahre waren die langen fünfziger Jahre endgültig zu Ende, das „Wirtschaftswunder“ war mit der ersten konjunkturellen Nachkriegskrise in der Bundesrepublik entzaubert worden. Massenentlassungen und Streiks, „wilde Streiks“ sogar, störten erstmals den Frieden der Tarifpartnerschaft. Viele innerhalb und außerhalb der SPD forderten Neuwahlen, statt dessen kam es Ende 1966 zur Elefantenhochzeit, sprich: zur „Großen Koalition“. Im Rückblick stellt sich die „Große Koalition“ besser dar als ihr damaliger Ruf war: Die verabschiedeten sozialpolitischen Gesetze wiesen deutlich den Stempel der sozialpolitischen Programmatik der SPD auf. Noch kurz vor Ende der Legislaturperiode verabschiedete der Bundestag das von der Mehrheit von CDU und CSU nur ungern mitgetragene „Gesetz zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter“. Es sollte das „Grundrecht der sozialen Sicherheit“ verwirklichen helfen. Noch deutlicher war der progressive gesellschaftspolitische Akzent bei dem noch im Juli 1969 in Kraft getretenen „Arbeitsförderungsgesetz“ sichtbar, das der vorbeugenden Verhütung von Arbeitslosigkeit vor der nur nachsorgenden Arbeitslosenvermittlung den Vorrang einräumte. Am wenigsten beachtet blieben die Erfolge sozialdemokratischer Praxis bei dem Versuch, die „Rechtspolitischen Grundsätze der SPD“ umzusetzen. Der SPD-Justizminister Gustav Heinemann konnte mit der von ihm betriebenen „Großen Strafrechtsreform“ zumindest einige der im Grundgesetz formulierten rechtsstaatlichen Prinzipien einlösen: Ein Strafrechtsänderungsgesetz belegte ein neues Verständnis von Strafe, betonte die Resozialisierung und hob die Strafbarkeit von Ehebruch, von Gotteslästerung und von Homosexualität unter Erwachsenen auf. Für das politische Klima

der Bundesrepublik von besonderer Bedeutung war ein weiteres Strafrechtsänderungsgesetz, das den Tatbestand des Landesverrats neu fasste und das Straffreiheitsgesetz vom August 1968, die neugegründete DKP war ohne diese Gesetze nicht denkbar. Nicht zuletzt ist das im Mai 1969 verabschiedete „Gesetz über die rechtliche Stellung des nicht-ehelichen Kindes“ und das noch von Heinemann vorbereitete, aber erst in den siebziger Jahren verabschiedete „Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts“ zu nennen. Alle diese Gesetze trugen mit dazu bei, den von der Außerparlamentarischen Opposition zu Recht beklagten Muff der 50er Jahre vertreiben zu helfen.

Die Wahrnehmung der Großen Koalition bei vielen Zeitgenossen aber war anders. Endlich regierte die SPD zwar mit und stellte mit Willy Brandt den Außenminister und Vizekanzler der Bundesrepublik. Aber um welchen Preis? Der politische Emigrant, der Vertreter des anderen Deutschlands in der Nazizeit saß mit Georg Kiesinger, dem ehemaligen NSDAP-Mitglied, als Bundeskanzler in einem Kabinett und Franz-Josef Strauß saß mit am Tisch. Schwerer auch im Rückblick wog, dass um des „lieben Koalitionsfriedens“ willen auch die Regierungsfractionen kaum an politischen Entscheidungen beteiligt waren. Ein „Küchenkabinett“ von sieben Leuten, der „Kressbronner Kreis“ mit Kiesinger, Strauß, Barzel, Heck auf der einen Seite, Brandt, Schmidt und Wehner auf der anderen Seite traf Vorentscheidungen hinter verschlossener Tür. Was als „Versachlichung“ der politischen Auseinandersetzungen gelobt wurde, war in Wahrheit ein großer Verlust an Öffentlichkeit und eine Ausschaltung des Parlaments als Kontrollorgan. Das war um so schwerwiegender, als die Rolle der kontrollierenden parlamentarischen Opposition von der Kleinpartei FDP nicht ausgefüllt werden konnte. Diese Funktion übernahm mit großem Erfolg die Außerparlamentarische Opposition, die viele nur zu berechnete Gründe fand, die „Große Koalition“ zum besonderen Gegenstand ihrer Kritik zu machen.

Von dieser Kritik war auch nicht die politische Persönlichkeit ausgenommen, die die Politik der SPD zunehmend bestimmte: nämlich Willy Brandt. Im Jahre 1961 waren die Rituale der Wiedervereinigungs-Sonntagsreden an eine Mauer geraten. Für eine Politik, die aus dieser festgefahrenen und friedensgefährdenden Situation herauskommen wollte, stand und steht im Rückblick der Name Willy Brandt. In der Wahrnehmung der linken Opposition innerhalb und außerhalb der SPD zu Beginn der 60er Jahre aber stand der Name auch und für viele nur für einen Politiker, der sich gegen eine zunehmend kleiner werdende Linke in der SPD auch mit rigider Ausschlusspolitik nach oben durchgeboxt hatte und schließlich in der „Großen Koalition“ auch noch seinen Frieden mit den konservativ-reaktionären Kräften in der Bundesrepublik gemacht hatte. Ein Bild, das - wie wir heute wissen - ganz sicher der

Person Brandts nicht gerecht wird. Aber er trug mit und verantwortete mit die auch in der SPD heftig umstrittenen „Notstandsgesetze“, denen die SPD-Fraktion nach mehreren Veränderungen des 1967 von der Koalition formulierten Entwurfs im Frühjahr 1968 zustimmte. Freilich war das nicht der Preis, den die SPD für ihre Beteiligung an der Regierung zu zahlen gezwungen war, wie manche damals vermuteten. Die SPD-Fraktion hatte zwar zuletzt 1965 alle vorhergehenden Regierungsvorlagen abgelehnt, weil sie aus der Sicht der SPD keine rechtlich einwandfreie Lösung vorsahen, die SPD hatte aber auch schon vor 1966 ihren Willen dokumentiert, an einer „Notstandsverfassung“ mitzuwirken, indem sie den so genannten einfachen Notstandsgesetzen zugestimmt hatte. Nach 1966 nahm sie immerhin auch die immer lauter werdende Kritik aus den Reihen der Gewerkschaften, der FDP, von Teilen der SPD und vor allem der Außerparlamentarischen Opposition teilweise auf. Es konnten so in dem schließlich verabschiedeten Entwurf noch einige rechtsstaatliche Sicherungen eingebaut werden.

Für die Außerparlamentarische Opposition war das dennoch viel zu wenig: Diese APO war ja auch eine **Große Koalition** von vielen Gewerkschaftlern, die besonders die drohenden Notstandsgesetze zum Thema machten, von Lehrlingen, Studenten, wenigen Assistenten und noch weniger Professoren, die den Bildungsnotstand nicht mehr hinnehmen wollten. Alle zusammen wollten (im Bündnis mit Gleichgesinnten in den USA, in England und Frankreich) den schmutzigen Krieg in Vietnam nicht mehr unter dem Teppich halten. Sie rührten damit, und besonders in Berlin, an ein Tabu der Nachkriegszeit, das die „Schutzmacht gegen die bolschewistische Bedrohung“ von jeder Kritik auszunehmen zwang. Wer das Tabu verletzte, war „von drüben geschickt“ und sollte eher heute als morgen wieder nach drüben gehen. Die daraus folgenden Diffamierungen und die sich besonders in Berlin überschlagende Hetze gegen die Außerparlamentarische Opposition erklären, weshalb vor allem die „Große Koalition“ vehemente Ablehnung und Kritik auf immer größer werdenden Massendemonstrationen fand.

Und deshalb auch noch ein Wort zur Gewalt, zu der **die** 68er - wie es damals hieß - keine klar ablehnende Haltung gezeigt hätten. Ein Satz vor allem wird dafür immer wieder zitiert: der Satz von der „Gewalt gegen Sachen und gegen Personen“. Als dafür verantwortlicher „Mentor aus dem Kreis der Professorenschaft“ wurde und wird der Theologe Helmut Gollwitzer an den Pranger gestellt. Er habe Ostern 1968 durch unklare Grenzziehungen zwischen Gewalt gegen Sachen und gegen Personen dazu beigetragen, dass die 68er schließlich der Gewalt das Wort geredet hätten. Zunächst: Was hat Gollwitzer eigentlich Ostern 1968, in einer äußerst angespannten und aufgeheizten Situation nach dem Attentat

auf Rudi Dutschke, gesagt? Gollwitzer dazu, in einer Erwiderung auf diffamierende Anwürfe eines professoralen Kollegen: „Damals habe ich den Studenten gesagt, bisher seien sie zwar geprügelt und einer von ihnen erschossen worden, sie aber hätten sich bisher nicht an Menschen vergriffen, sondern höchstens an Fakultätstüren, und diese Grenze sollten sie ja nie überschreiten.“ Gollwitzer verwies aber auch darauf, dass „die barbarische Zerstörung Vietnams durch die amerikanische Kriegsmaschine die Hemmschwelle gegenüber Gewalttaten bei vielen Angehörigen der jungen Generation gefährlich herabgesetzt hat“. Und Gollwitzer schließt seine Erklärung: „Ein Wort noch zu der allenthalben zitierten Formel von Gewalt gegen Sachen und gegen Personen. Ich erfinde nicht unsinnige Formeln; also ist sie nicht von mir. Sie ist Unsinn. Denn Gewalt gegen Sachen vollziehen wir ständig, bei jedem Nageleinschlagen. Was die törichte Formel meint, ist die Verletzung fremden Eigentums. Solche Verletzung wird vom Gesetz unter Strafe gestellt und ist von der Polizei zu verhindern. Dass aber illegale Verletzung fremden Eigentums in jedem Falle ebenso verwerflich sei, wie die Antastung fremden Lebens, wird man wohl nicht behaupten können. Nach dem Kriege erregte Kardinal Frings' Fürsprache für Kohlen stehlende Mütter Aufsehen; der Frankfurter Oberbürgermeister zeigte Verständnis für Mietshausbesetzungen ...[Diese Beispiele zeigen:] Man kommt also nur mit Differenzierungen weiter. Wer sich als Richter über 'Pauschalurteile' geriert und zugleich mit billigen Pauschalsätzen alle Gewalt 'in einen Topf' wirft“, der - so Gollwitzer seinem professoralen Kritiker von damals und allen anderen bis heute ins Stammbuch - verfehle seinen Beruf als akademischer Lehrer.

Soweit einige Hinweise auf die 68er Bewegungen - der Plural ist wichtig und auf die SPD der 60er Jahre. Ich hoffe aber, es ist klar geworden, dass alles ganz anders war, als viele von der einen oder der anderen Seite behaupten, die vorgeben, den Durchblick zu haben, nämlich - um noch einmal F.C.Delius zu zitieren - „viel widersprüchlicher, mehrdeutiger, spielerischer“. Spielerisch freilich kann mehrdeutig sein, und nicht ohne Grund nannte Uwe Wesel seinen Rückblick auf das Jahr 1968 in einem sehr lesenswerten Buch „Die verspielte Revolution“. Wie anders es gewesen ist - oder vielleicht auch nur: wie es auch gewesen ist, werden wir heute im Gespräch mit drei Zeitzeugen versuchen herauszubekommen.

1. Klaus Schütz - schon oft in Veranstaltungen des ABI als Zeitzeuge wirkend - , muss ich nicht ausführlich vorstellen. Der im September 1926 in Heidelberg geborene Urberliner trat nach Kriegsende schon 1946 in die SPD ein, war aber zugleich auch - das sei einigen Ungläubigen hier im Saal gesagt - auch Mitglied einer kleinen trotzkistischen Gruppe um Oskar Hippe. Als Trotzkist fuhr er, wie Oskar Hippe in seinen Erinnerungen schrieb - 1949

als Student in die USA und kam als Sozialdemokrat wieder. Er machte in der Berliner SPD schnell Karriere - junge Genossen waren selten - und war 1953 Kreisvorsitzender in Wilmersdorf und seit 1954 Mitglied des Abgeordnetenhauses, seit 1957 Berliner Bundestagsabgeordneter. Bereits damals, aber noch mehr als Senator für Bundesangelegenheiten ein enger Berater des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt. Mit Willy Brandt wechselte er 1966 als Staatssekretär ins Auswärtige Amt. Die Arbeit im AA füllte ihn aus, aber viel Zeit blieb ihm nicht. Der Rücktritt des Nachfolgers von Willy Brandt, Heinrich Albertz, als Regierender Bürgermeister zwang ihn nach Berlin zurück. Mehr als sanfter Druck war es wohl, was ihn veranlasste, die Kandidatur zum Regierenden Bürgermeister nicht auszuschlagen. Inmitten der Tage und Wochen und schließlich Jahre, um die es hier und heute auch gehen soll, war Klaus Schütz bis 1977 - also zehn lange Jahre - Regierender Bürgermeister von Berlin. Danach kamen Jahre als Botschafter in Israel, als Intendant der Deutschen Welle. Seit 1994 ist er wieder ständig in Berlin, um hier zahlreiche Ehrenämter auszufüllen.

2. Der 1943 geborene **Jürgen Treulieb** ist Diplom-Politologe, Absolvent des damals zu Recht so gerühmten Otto-Suhr-Instituts, was freilich nicht immer freundlich gemeint war. Er war, aus Bonn kommend, Mitglied des Berliner SDS und Ende der 60er Jahre letzter Vorsitzender des ASTA der FU Berlin. Danach war er lange Jahre an der neu gegründeten Universität Oldenburg als Assistent und - nach seiner Promotion - als Hochschulassistent tätig. Er promovierte über den „Landesverratsprozess gegen Viktor Agartz“, der in dem Prozess von Gustav Heinemann verteidigt wurde. Die Arbeit ist mit einem sehr lesenswerten Vorwort von Helmut Gollwitzer 1982 erschienen. Treulieb war zugleich und danach Referent in der Fraktion der Grünen, zunächst bei dem Grünen Otto Schily, später bei dem grünen Theologen Ulmann, dem Mitverfasser eines sehr beachtlichen Verfassungsentwurfes, der das Grundgesetz hätte fortschreiben sollen. Zusammen mit Gretchen Dutschke hat er 1982 auch Texte von Rudi Dutschke unter dem Titel „Die Revolte“ herausgegeben. Er war danach bis zum wohlverdienten Ruhestand Politikberater und als solcher Lehrbeauftragter für eben dieses Thema an der Viadrina in Frankfurt und am OSI der FU Berlin und heute vielbegehrter Zeitzeuge in Sachen 1968.

3. Jüngster in der Runde der Zeitzeugen ist der 1948 in Berlin bei Blockade-Kerzenlicht geborene **Peter Brandt**, ältester Sohn von Rut und Willy Brandt. Er war schon als Schüler politisch aktiv, zunächst als Falke, der SPD-nahen Jugendorganisation, natürlich in der Gruppe Karl Marx, später Mitte der sechziger Jahre in einer sozialistischen Schülerorganisation, die sich trotzkistisch verstand. Peter Brandt als Mitglied des Spartacus

(mit c!) war zugleich auch Redakteur der Schülerzeitschrift „Neuer Roter Turm“. 1968 war für Peter Brandt eine wichtige Zäsur: er machte Abitur und begann mit dem Studium der Geschichte. Er promovierte bereits 1973 mit einer Arbeit über die Antifa-Ausschüsse in Bremen 1945/46, war längere Zeit Assistent an der TU Berlin bei Prof. Rürup, habilitierte sich mit einer Arbeit über die Frühgeschichte der Burschenschaft und ist seit 1990 Professor für neue Geschichte an der Fernuniversität Hagen und Autor zahlreicher Bücher nicht zuletzt auch über die SPD: „Vaterlandslose Gesellen“ hieß eine Publikation, die er mit Dieter Groh verfasste. Er ist u.a. im Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD und Mitglied der SPD, was er im Laufe seiner politisch aktiven Zeit nicht immer gewesen ist.